

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XV
-----------------------------	----

Literaturverzeichnis .....	XIX
----------------------------	-----

<b>ERSTER ABSCHNITT</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
-------------------------	-------------------------	----------

## **§ 1 Das Spannungsfeld zwischen Zeugenschutz und Insolvenzverfahren ... 1**

A. Der Untersuchungsgegenstand .....	4
B. Insolvenz und Zeugenschutz .....	6
I. Der Zeugenschutz .....	6
II. Die Insolvenz .....	9
III. Die Schnittmengen beider Rechtsgebiete .....	12
C. Der Gang der Darstellung .....	12

<b>ZWEITER ABSCHNITT</b>	<b>DIE INTERESSENLAGEN IN INSOLVENZ UND ZEUGENSCHUTZ .....</b>	<b>15</b>
--------------------------	--	-----------

## **§ 2 Das Informationsbedürfnis und das Geheimhaltungsbedürfnis ..... 15**

A. Das Informationsbedürfnis im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens .....	16
I. Das Publizitätsprinzip .....	16

1.	Der Begriff .....	16
2.	Die Publizität als Voraussetzung für die Restschuldbefreiung .....	18
II.	Die Auskunftspflichten .....	19
1.	Die Auskunftspflichten des Insolvenzschuldners .....	19
2.	Der Gegenstand der Auskunftspflicht .....	20
3.	Die Höchstpersönlichkeit der Auskunftspflicht .....	22
4.	Die unmittelbare Erreichbarkeit .....	23
III.	Die Bedeutung der Publizität im Insolvenzverfahren .....	23
B.	Das Geheimhaltungserfordernis im Rahmen des Zeugenschutzes .....	24
I.	Die Geheimhaltung als Recht des zu schützenden Zeugen? .....	24
II.	Die Geheimhaltung als Pflicht der Zeugenschutzdienststelle .....	24
III.	Die Zeugenschutzdienststelle .....	26
IV.	Die Bedeutung des Geheimhaltungserfordernisses im Zeugenschutz .....	26
C.	Zusammenfassung .....	28

### **DRITTER ABSCHNITT            DIE VEREINBARKEIT VON VERBRAUCHERINSOLVENZ UND ZEUGENSCHUTZ ..... 29**

#### **§ 3 Die Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens..... 29**

A.	Die rechtlichen Grundlagen der Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens .....	31
I.	Der Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens .....	31
1.	Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	31
2.	Der Antrag des Schuldners, §§ 13, 305 InsO .....	33
3.	Der Antrag des Gläubigers, §§ 13, 14 InsO .....	36
II.	Der Eröffnungsbeschluss, § 27 InsO .....	38
B.	Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Schuldners im Zeugenschutz .....	40

I.	Der Eigenantrag des Schuldners.....	40
II.	Der Fremdantrag Gläubigers.....	41
III.	Der Insolvenzantrag ohne Angabe der ladungsfähigen Anschrift.....	42
IV.	Der Eröffnungsbeschluss ohne Angabe der ladungsfähigen Anschrift.....	45
1.	Die Anforderungen an den Eröffnungsbeschluss .....	46
2.	Die Bedeutung des Eröffnungsbeschlusses.....	50
<b>§ 4</b>	<b>Die Partei- und Anschriftbezeichnung .....</b>	<b>53</b>
A.	Die Abweichungen vom Erfordernis der genauen Partei- und Anschriftbezeichnung .....	53
I.	Die namentliche Bezeichnung in Erkenntnisverfahren .....	54
1.	Zulässige Abweichungen vom namentlichen Bezeichnungserfordernis .....	54
2.	Grenzen der abweichenden Parteibezeichnung .....	56
II.	Die ladungsfähige Anschrift in Erkenntnisverfahren .....	58
1.	Das Erfordernis der Angabe der ladungsfähigen Anschrift .....	58
2.	Abweichungen vom Erfordernis der Angabe der ladungsfähigen Anschrift .....	60
a)	Der unbekannte Aufenthalt gem. § 185 Nr. 1 ZPO .....	61
aa)	Die Anforderungen an den unbekannten Aufenthalt .....	62
bb)	Die Bemühungen zur Ermittlung des unbekannten Aufenthalts .....	63
b)	Eine im laufenden Verfahren unrichtig werdende Anschrift.....	65
c)	Das schutzwürdige Interesse hinsichtlich der Geheimhaltung der ladungsfähigen Anschrift.....	66
III.	Die namentliche Bezeichnung Zwangsvollstreckungsverfahren .....	69
1.	Die namentliche Bezeichnung im Vollstreckungsverfahren .....	69
a)	Der identifizierbare Schuldner als Vollstreckungsobjekt.....	69
b)	Zulässige Abweichungen vom namentlichen Bezeichnungserfordernis des Schuldners .....	70
aa)	Die Auslegung des Titels .....	70

bb) Die zulässige Abweichung der namentlichen Bezeichnung anhand der Rechtsprechung und Literatur zur Hausbesetzung .....	72
IV. Die ladungsfähige Anschrift im Zwangsvollstreckungsverfahren .....	75
1. Die Anforderungen an die Angabe der ladungsfähigen Anschrift .....	75
2. Die Anforderungen an den unbekannten Aufenthalt .....	76
V. Zusammenfassung .....	77
B. Vergleiche .....	79
I. Die Pflegschaften .....	79
1. Ungewissheit .....	80
2. Fürsorgebedürfnis .....	81
3. Die Stellung des Pflegers .....	83
II. Obdachlosigkeit .....	83
III. Das Pseudonym als Parteibezeichnung .....	85
IV. Namensänderung .....	86
1. Das Offenbarungsverbot gem. § 5 TSG .....	87
a) Das Offenbarungsverbot und die Auswirkungen auf das Insolvenzverfahren .....	88
b) Das Offenbarungsverbot gem. 5 TSG im Kontext öffentlicher Register .....	91
2. Das Offenbarungs- und Ausforschungsverbot nach § 1758 BGB .....	93
a) Die Bedeutung des Offenbarungs- und Ausforschungsverbot nach § 1758 BGB .....	93
b) Das Offenbarungs- und Ausforschungsverbot nach § 1758 BGB im Kontext öffentlicher Register .....	95
C. Die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Verbraucherinsolvenz und Zeugenschutz .....	97
I. Die abzuleitenden Wertungen .....	97
II. Insolvenzantragstellung im Zeugenschutz .....	100
1. Der Eigenantrag des Schuldners im Zeugenschutz .....	101

2. Insolvenzantrag des Schuldners ohne Preisgabe seiner aktuellen Identität.....	102
3. Insolvenzantrag des Schuldners ohne Preisgabe seines aktuellen Aufenthaltsortes .....	106
4. Insolvenzantrag des Gläubigers ohne Preisgabe seines aktuellen Aufenthaltsortes des Schuldners.....	109
5. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss über einen Schuldner im Zeugenschutz .....	114
a) Die Genauigkeit der Bezeichnung im Eröffnungsbeschluss.....	115
b) Fehlerhaftigkeit des Eröffnungsbeschlusses .....	116
6. Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 10 Abs. 1 S. 1 ZSHG.....	119
D. Die Bewertung der Kontroversen.....	124
I. Altbekannte Identität und Tarnidentität.....	124
II. Erreichbarkeit des Schuldners ohne Angabe des aktuellen Aufenthalts	126
III. Vereinbarkeit .....	127

## **§ 5 Die örtliche Zuständigkeit des Insolvenzgerichts..... 128**

A. Die rechtlichen Grundlagen der örtlichen Zuständigkeit im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	129
I. Der allgemeine Gerichtsstand .....	129
1. Der Wohnsitz.....	131
2. Die Aufhebung des Wohnsitzes.....	132
II. Die örtliche Zuständigkeit von Personen ohne Wohnsitz .....	133
1. Der Aufenthaltsort im Sinne von § 16 Alt. 1 ZPO .....	134
2. Der letzte inländische Wohnsitz im Sinne von § 16 Alt. 2 ZPO.....	135
B. Vergleiche .....	137
I. Strafgefangene.....	137
1. Die Wohnsitzbegründung in Justizvollzugsanstalten.....	137
2. Die insolvenzgerichtliche Zuständigkeit bei Inhaftierung des	

Schuldners .....	138
II. Frauenhäuser .....	139
III. Obdachlosigkeit .....	141
C. Die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Verbraucherinsolvenz und Zeugenschutz .....	143
I. Abzuleitende Wertungen .....	143
II. Die Auswirkungen der Zeugenschutzmaßnahmen auf die Wohnsitzaufgabe und Wohnsitzbegründung .....	144
III. Die Anknüpfungspunkte für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit 145	
1. Die Anknüpfung an den letzten Wohnsitz des Schuldners .....	145
a) Aufgabe des alten Wohnsitzes .....	147
b) Wohnsitzneubegründung .....	150
aa) Freiwilligkeit der Wohnsitzbegründung .....	150
bb) Erkennbarkeit der Wohnsitzbegründung .....	151
cc) Tarnidentität .....	152
dd) Kenntnis .....	153
ee) Verbindung zwischen alter / richtiger Identität und Tarnidentität .....	155
c) Bewertung .....	156
2. Die Anknüpfung an die Zeugenschutzdienststelle .....	160
a) § 10 Abs. 1 S. 2 ZSHG .....	160
b) Vertretungsbefugnis der Zeugenschutzdienststelle .....	164
D. Die Bewertung der Kontroversen .....	166
I. Zulässigkeit der Anknüpfung an den letzten Wohnsitz .....	166
II. Keine Anknüpfung an die Zeugenschutzdienststelle .....	168
 <b>§ 6 Die Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners .....</b>	<b>169</b>
A. Die rechtlichen Grundlagen der Auskunft- und Mitwirkungspflichten .....	170

I.	Die Auskunftspflicht in den jeweiligen Verfahrensabschnitten .....	172
1.	Das Insolvenzeröffnungsverfahren.....	172
2.	Die Verfahrenskostenstundung.....	173
3.	Das eröffnete Insolvenzverfahren.....	173
4.	Die Wohlverhaltensperiode.....	174
II.	Die Erfüllung der Auskunfts- und Mitwirkungspflicht .....	176
1.	Die Bereitschaftspflicht.....	176
2.	Das Behinderungsverbot und die Unterlassungspflicht.....	177
3.	Die Selbstbelastung.....	177
4.	Der Adressat der Auskunfts- und Mitwirkungspflichten .....	179
III.	Die zwangsweise Durchsetzung der Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	
	181	
1.	Zwangsmittel.....	181
2.	Die Erforderlichkeit von Zwangsmitteln .....	182
IV.	Die Bedeutung für die Restschuldbefreiung .....	183
1.	Das eröffnete Insolvenzverfahren.....	183
2.	Die Wohlverhaltensperiode.....	184
B.	Vergleiche .....	186
I.	Der Wohnungswechsel des Schuldners .....	186
II.	Der obdachlose Schuldner.....	189
III.	Der Schuldner im Ausland oder unbekannten Aufenthalts.....	190
IV.	Personen im Zeugenschutzprogramm in strafrechtlichen Verfahren .....	192
C.	Die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Verbraucherinsolvenz und	
	Zeugenschutz.....	195
I.	Die abzuleitenden Wertungen .....	195
II.	Die Vereinbarkeit von insolvenzrechtlichen Auskunfts- und	
	Mitwirkungspflichten mit den Auswirkungen des Zeugenschutzes .....	196
1.	Die insolvenzrechtliche Bereitschaftspflicht im Zeugenschutz.....	198
2.	Die schriftliche Auskunftseinholung .....	199
3.	Die schriftliche Auskunftseinholung .....	203
a)	Finanzamt .....	203

b) Sozialversicherungsträger .....	204
c) Zeugenschutzdienststelle.....	205
4. Sicherstellung der Validität der Aussagen.....	206
D. Die Bewertung der Kontroversen.....	208

<b>VIERTER ABSCHNITT</b>	<b>DIE NOTWENDIGKEIT DER</b>
	<b>SCHULDENREGULIERUNG DES ZU SCHÜTZENDEN</b>
	<b>ZEUGEN .....</b>
	<b>212</b>

## **§ 7 (K)ein Erfordernis der Schuldenregulierung im Zeugenschutz..... 212**

A. Kein Erfordernis einer verbraucherinsolvenzrechtlicher Schuldenregulierung im Zeugenschutz .....	214
I. Faktischer Vollstreckungsschutz .....	214
1. Auskunftsverweigerung, Datensperrung, Übermittlungsverweigerung, § 4 ZSHG.....	215
2. Tarnidentität .....	219
3. Konsequenz für das Bedürfnis nach Schuldenregulierung.....	220
II. Zeitliche Limitierung des Zeugenschutzes .....	223
1. Beweiskraft der Personenstandsregister .....	225
2. Die Konsequenzen für das Bedürfnis nach verbraucherinsolvenzrechtlicher Schuldenregulierung.....	227
III. Die Freiwilligkeit des Antrags auf Verbraucherinsolvenz .....	228
IV. Alternative Regulierungsmöglichkeiten .....	230
1. Der außergerichtliche Vergleich .....	230
2. Stiftungsmittel.....	231
3. Die Konsequenz für das Bedürfnis nach Schuldenregulierung.....	233
B. Das Erfordernis der Schuldenregulierung im Zeugenschutz über ein Verbraucherinsolvenzverfahren .....	234
I. Das Recht auf Entschuldung .....	234



1.	Die relative Freiwilligkeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens.....	236
2.	Die Konsequenz für das Bedürfnis nach Schuldenregulierung.....	239
II.	Der Schutz des Schuldners.....	239
1.	Die Dauerhaftigkeit der Zeugenschutzmaßnahmen .....	240
2.	Die Konsequenz für das Bedürfnis nach Schuldenregulierung.....	243
III.	Der Schutz des Gläubigers .....	244
1.	Die Ziele der Insolvenzordnung .....	246
2.	Artikel 14 GG .....	248
3.	Die drohende Verjährung .....	249
4.	Die Insolvenzantragstellung durch einen Gläubiger .....	250
5.	Die Konsequenzen für das Bedürfnis nach Schuldenregulierung .....	251
C.	Zusammenfassende Bewertung.....	253
I.	Die Kritikwürdigkeit des Zugangs zum Verbraucherinsolvenzverfahren 253	
II.	Die Bedeutung des Insolvenzverfahrens für Gläubiger und Schuldner im Zeugenschutz .....	255
III.	Der Schutz der Beteiligten mit und ohne Insolvenzverfahren .....	256
IV.	Die Alternativen zum Insolvenzverfahren .....	258
V.	Die Wertungen des Zeugenschutzes im Kontext der Insolvenz .....	261
VI.	Ergebnis .....	263

## **FÜNFTER ABSCHNITT      ZUSAMMENFASSUNG UND PRAKTISCHE UMSETZUNG ..... 264**

### **§ 8    Das Ergebnis der Untersuchung..... 264**

A.	Wertungskonflikte .....	264
I.	Die Partei- und Anschriftsbezeichnung im Rahmen der Insolvenzantragstellung.....	264
II.	Die Ermittlung der örtlichen Zuständigkeit des Gerichts .....	265
III.	Die Erfüllbarkeit der insolvenzrechtlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflichten.....	266

IV. Die Freiwilligkeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens .....	267
B. Vereinbarkeit und praktische Umsetzbarkeit .....	268
I. Subsidiarität des Verbraucherinsolvenzverfahrens.....	268
II. Abwägungserfordernisse .....	269
III. Einbeziehung der Zeugenschutzdienststelle.....	272
IV. Einbeziehung von Medientechnik .....	273
V. Darlegung notwendiger Informationen zur Prüfbarkeit.....	274